



Die „Drachenburg“ soll bis Ende der Woche geräumt sein. Foto: LZ-Archiv, cv

Notfallplan für Härtefälle

„Drachenburg“: So geht es für die Bewohner weiter

(red/ku) Wie berichtet hat die Stadt aufgrund einer Gefahr für Leben und Gesundheit der Bewohner eine weitere Nutzung der „Drachenburg“ untersagt. Der Block an der Luitpoldstraße 32 muss deshalb sofort geräumt werden. Unmittelbare Folge der Nutzungsuntersagung, so teilte es die Stadt am Donnerstagmittag in einer Pressemeldung mit, sei die Pflicht für die Betroffenen, ihre Wohnungen schnellstmöglich zu räumen.

Den betroffenen Bewohnern seien die entsprechenden Bescheide bereits am Dienstag zugestellt worden; auch der Hausverwalter sowie der Vermieter seien unverzüglich über die sofortige Nutzungsuntersagung in Kenntnis gesetzt worden. Bis zum Ende der Woche sollen die Wohnungen nun verlassen werden. Um Ersatzunterkünfte für die Mieter, so die Stadt, habe sich grundsätzlich der Vermieter zu kümmern. Für Härtefälle habe man einen Notfallplan ausgearbeitet.

„Das ist natürlich ein Einschnitt für alle, die bisher in dem Gebäude untergebracht waren. Dennoch sehen wir dazu keine Alternative“, betont Doll. Die Bewohner, die zu-

meist aus Südosteuropa stammen, seien über die Gründe für diese Entscheidung sowie die weitere Vorgehensweise der Stadt auch in ihren Muttersprachen vor Ort persönlich informiert worden. „Deshalb haben wir die begründete Hoffnung, dass die Räumung freiwillig erfolgt“, so Baureferent Johannes Doll. Sollte dies wider Erwarten nicht der Fall sein, müssten als letzte Möglichkeit Zwangsmaßnahmen ergriffen werden. Diesbezüglich stehe die Stadt im Austausch mit der Polizei.

Dem Vermieter – der Vertragspartner der Betroffenen sei – obliege es nun, Ersatzunterkünfte für die bisher in der „Drachenburg“ untergebrachten Personen zu besorgen „und damit seinen vertraglichen Verpflichtungen ihnen gegenüber gerecht zu werden“. Die Stadt werde die an der Situation unschuldigen Betroffenen aber nicht ihrem Schicksal überlassen, wird Oberbürgermeister Alexander Putz zitiert. „Wir haben natürlich gerade für Härtefälle, also Familien mit Kindern, einen Notfallplan ausgearbeitet. Dieser sieht eine vorübergehende Unterbringung in einer städtischen Notunterkunft vor.“

„Das ist beispielloos“

Mietrechtsexperte Oliver Wunsch über den Fall „Drachenburg“

Herr Wunsch, die Räumung der „Drachenburg“...

Oliver Wunsch: ... hat mir am Donnerstagvormittag reichlich Arbeit beschert. Plötzlich waren nämlich drei arabische Familien in der Kanzlei – die jeweils vier bis fünf Kinder haben. Die hatten keine Ahnung, was gerade passiert und waren völlig überfordert. Damit ist genau das passiert, was ich befürchtet habe: Die Verantwortung wird von einem zum anderen geschoben. Die Bescheide wurden auf Deutsch rausgeschickt, in ein Haus in dem hauptsächlich Rumänen und Bulgaren aber eben auch Araber leben. Da kann man nicht erwarten, dass die sofort wissen, was zu tun ist.

In einer Pressemitteilung teilt die Stadt mit, dass die Bewohner in ihren Muttersprachen vor Ort persönlich über die weitere Vorgehensweise informiert wurden.

Wunsch: Rumänen und Bulgaren ja. Araber nein. Das wurde mir später auch seitens der Stadt bestätigt. Die Leute wussten zum Beispiel nicht, was mit „Notfallplan“ gemeint ist.

Die Bewohner werden von der Stadt jetzt erstmal in einer Notunterkunft untergebracht. Ansonsten sei aber der Vermieter in der Pflicht Ersatzunterkünfte für die Bewohner der „Drachenburg“ zu besorgen, so die Stadt...

Wunsch: Ja, das wäre juristisch gesehen ein sehr guter Weg. Und auch ich habe den Familien angeboten, dass ich ihre Rechte dem Vermieter gegenüber geltend mache, damit sie dann von ihm eine Ersatzunterkunft bekommen. Nur: Große Hoffnung, dass es so kommt, habe ich nicht. Ich habe die Mietverträge gesehen. Die Familien haben für diese, ich kann es nicht anders sa-

gen, Löcher in der „Drachenburg“ 1300 Euro Monatsmiete bezahlt. Das ist kriminell. Deshalb kann man das Problem der Unterbringung meiner Meinung nach nur politisch lösen, nicht juristisch.

Wie sähe eine politische Lösung aus?

Wunsch: Die Stadt muss zunächst dafür Sorge tragen, dass die Bewohner, und zwar alle Bewohner, den Sachverhalt verstehen. Dass sie das Gebäude verlassen müssen, aber auch die Zahlung einstellen sollen. Abgesehen davon muss der Notfallplan eingehend erklärt werden. Ich bin mir zum Beispiel nicht sicher, ob allen bewusst ist, dass sie jetzt in eine Notunterkunft mit Gemeinschaftstoiletten müssen. Und dann muss sich die Stadt auch um die Folgeunterbringung kümmern. So eine Ruckzuck-Aktion wie jetzt geht nicht. Und wenn Ruckzuck, dann muss man die Leute an der Hand nehmen.

Seit wann hätte man die „Drachenburg“ dichtmachen müssen?

Wunsch: 2010 ergab sich ja mit dem Eigentümerwechsel erstmalig das Problem, das wir bis zuletzt hatten. In den vergangenen fünf, sechs Jahren waren die Zustände dann so, dass man durchgreifen hätte müssen.

Welche Lehren muss die Stadt Ihrer Ansicht nach aus dem Fall ziehen?

Wunsch: Es bedarf eines übergeordneten Managements, das Sozialreferat, Bauaufsicht, Jobcenter und Amt für Migration zusammenführt. Was die „Drachenburg“ betrifft, muss man sich einfach vor Augen halten, dass da Roma und Araber lebten, denen nicht bewusst war, welchen Wildwest-Methoden

INTERVIEW

mit

Oliver Wunsch



Oliver Wunsch ist Fachanwalt für Miet- und Wohnungseigentumsrecht. Als Mietrechtler engagiert er sich auch beim Mieterverein Landshut, dessen 2. Vorsitzender er ist. Als Präsident des Boxclubs SC Bavaria 20 Landshut steht er zudem einem Sportverein vor, der sich wie kaum ein anderer der Integrationsarbeit verschrieben hat. Foto: Wunsch

sie ausgesetzt waren. Und dass das mit unserem sozialen Mietrecht nichts zu tun hat. Das muss man diesen Menschen erklären und ihnen sagen: Derartige Beträge, wie hier von Euch verlangt werden, müsst ihr nicht zahlen. Es gibt zwar noch ein ähnliches Domizil in Landshut – aber von der Größe und Bedeutung her ist die „Drachenburg“ beispielloos.

Interview: Uli Karg